

Prof. Monika Grütters, MdB
CDU-Fraktion
Vorsitzende Ausschuß für Kultur und Medien

Grußwort

Staatssicherheit am Ende - 20 Jahre Besetzung der Stasi-Zentrale
Bürgerfest am 16. Januar 2010

*Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit
Sind uns ein Buch mit sieben Siegeln.
Was Ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigener Geist,
In dem die Zeiten sich bespiegeln.*

Johann Wolfgang von Goethe, Faust I

Liebe Marianne Birthler,
lieber Richard Wagner,
meine Damen und Herren,

„**Die Zeiten der Vergangenheit sind uns ein Buch mit sieben Siegeln**“, sagt Goethe im „Faust“ – eine Erkenntnis, der entgegenzuwirken, die Erinnerungspolitik in Deutschland **enorme Anstrengungen** unternimmt. Die **Gedenkpolitik**, ja, die Erinnerungskultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Kulturpolitik geworden. Und mit „enorm“ meine ich sowohl materielle Anstrengungen, vor allem aber intellektuelle – und man darf ruhig auch sagen: emotionale, denn sich zu **erinnern ist oft nicht einfach**.

Das **Jahr 2009** war geprägt von bedeutenden Geschichtsjubiläen - geradezu von Festtagen für die Demokratie in Deutschland: 160 Jahre Frankfurter Paulskirche, 90 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Friedliche Revolution und Fall der Mauer.

Dies alles sind **positive Kapitel** der deutschen Geschichte. Sie bieten Anlass zur Freude und zum Feiern, und sie tragen zu einer **positiven Identitätsbildung** bei. Es ist richtig und historisch angemessen, dass wir ihrer gedenken - genauso wie der Schattenseiten unserer deutschen Geschichte, die wir niemals vergessen dürfen.

Der Stürmung der StaSi-Zentrale kann man dabei durchaus beide Aspekte abgewinnen: „**Feind ist, wer anders denkt**“; so der Titel der Ausstellung hier, der das **Böse** der StaSi meint, die **Erstürmung selbst** aber war ein **Akt der Befreiung**. Und: Sie wurde von den Menschen, den Bürgern begangen, nicht etwa von oben angeordnet ...

Es waren eben **mutige Bürgerrechtler**, die vor 20 Jahren die Stasizentrale hier in Berlin besetzten, um die Akten vor der Vernichtung zu retten. Mit dieser Erstürmung konnten große Teil der Aktenbestände gesichert werden. Das war die **Grundlage für die Entstehung der StaSi-Unterlagenbehörde**, durch die Methoden und Wirkungsweisen des effektivsten Unterdrückungsinstruments der SED-Diktatur sichtbar gemacht werden konnten. Es ist historisch (und weltweit) einzigartig, dass so Bespitzelungsakten eines Systems eingesehen und Repressionsmechanismen offengelegt werden konnten.

Über zwei Jahrzehnte hat diese Behörde – zuerst unter **Joachim Gauck**, dann unter **Marianne Birthler** eine der wichtigsten Aufgaben in der Aufarbeitung, und damit auch in der Erinnerungskultur geleistet. Heute gilt die Birthler-Behörde **international als Vorbild für die Aufarbeitung** einer Diktatur und den Umgang mit Fragen der Unterdrückung und der systematischen Verfolgung.

Auch nach **20 Jahren ist das Bedürfnis nach Information und Aufklärung heute aktueller denn je** – wofür fast 90.000 Anträge auf Akteneinsicht allein im Jahr 2008 eine deutliche Sprache sprechen.

Erinnerungskultur in Deutschland – das ist eine moralische, politische und gesellschaftliche Herausforderung und Leistung.

Denn natürlich ist es schwer, sich mit ihrer Geschichte auseinander zu setzen, die gleich **zwei Diktaturerfahrungen innerhalb eines Jahrhunderts** zu verarbeiten hat.

Die Arbeit mit der Erinnerung, dem **kulturellen Gedächtnis der Nation** – ist zentral für das Selbstverständnis deutscher Kulturpolitik. Kultur beruht auf Erinnerung, muss aber auch immer mehr sein als bloße Erinnerung. Jeder Staat formuliert ein eigenes Verhältnis zu seiner Geschichte. Die Art und Weise, wie eine Nation, wie ein Staat dies (öffentlich) tut, gibt Auskunft über sein **Selbstverständnis und prägt seine Identität**, denn diese nationale Identität erwächst ja vor allem aus dem Kulturleben eines Landes.

Unsere Erinnerungskultur ist eine der großen moralischen, politischen und **gesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland**. Zu ihr zählen die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, die Aufarbeitung der DDR-Diktatur und das Gedenken an die Widerstands- und Freiheitstradition unserer nationalen Geschichte.

Die Politik ist dabei nicht zuständig für die Kultur; sie ist zuständig und verantwortlich in erster Linie für die **Bedingungen**, unter denen Kunst und Kultur stattfinden und sich entfalten können. Aber in der **Erinnerungskultur** – und ich wähle diesen Begriff ganz bewusst – darf sich die Politik, darf sich der Staat nicht allein auf die Verantwortung nur für die Rahmenbedingungen zurückziehen – er muss den Gegenstand selbst prägen. Nationales Erinnern und Gedenken lassen sich **weder amtlich formulieren, noch behördlich regeln**. Gleichwohl sind Erinnern und Gedenken weder Privatsache, noch rein bürgerschaftlich zu bewältigen. Sie sind immer auch eine öffentliche Angelegenheit - und das heißt in staatlicher Gesamtverantwortung.

Erinnerungskultur - Ausdruck nationalen Selbstverständnisses

Erinnerung und Identität sind nicht voneinander zu trennen. Grundlegend für ein solches Politik- und Kulturverständnis ist hier eine bewusste **Definition der Rolle des Staates**. In der Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile eine **zukunftsweisende Erinnerungskultur** gewachsen, die nicht selten auch einen **parteübergreifenden Charakter** zeigt. Die Bewahrung der Erinnerung – das Gedächtnis der Nation – ist eine politische, also eine gemeinsame Aufgabe über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg.

Und unerlässlich ist daher in diesem Kontext vor allem die **wissenschaftliche Fundierung** wichtiger Vorhaben. Das nationale Gedächtnis sollte auf **historischen Fakten** beruhen. Geschichtsklitterungen, Legendenbildungen, Trivialisierungen und unzulässige Vereinfachungen müssen unbedingt vermieden werden. **Demokratische Geschichtspolitik lässt unterschiedliche Deutungen** der Vergangenheit neben- und gegeneinander gelten. Vielmehr ist in einem demokratischen Gemeinwesen mit seiner

Meinungsvielfalt (partei-) **politische Konkurrenz auch in der Würdigung historischer Ereignisse kaum zu vermeiden**. Ein **souveräner** Umgang mit Themen des Erinnerns, Gedenkens und Aufarbeitens unserer wechselvollen Geschichte sollte zumindest die unterschiedlichen Wahrnehmungen vor allem Betroffener und Zeitzeugen respektieren und die Vielfalt wissenschaftlicher Arbeiten und die Pluralität publizistischer Meinungsäußerungen ermöglichen.
Hier arbeitet die BstU beispielhaft.

Zur aktuellen Gedenkstättenkonzeption

Ein ehrlicher Umgang mit unserer Geschichte umfasst zwangsläufig **negative wie positive Aspekte des Erinnerns** und Gedenkens. Die Bundesrepublik trägt das Erbe zweier Diktaturen. So ist die Geschichte der DDR genau wie die NS-Zeit Teil unserer gemeinsamen Nationalgeschichte in Deutschland und **nicht etwa nur ein ostdeutsches Ereignis**. Dabei verbietet nicht nur der Respekt vor den Opfern eine Aufrechnung von Leiderfahrungen oder gar eine Hierarchisierung totalitärer Gewalt, wie sie in der Diskussion um Gedenkkonzepte immer wieder befürchtet werden.

Die zweite Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« stellt 1998 in ihrem Abschlussbericht eine Verantwortung des Bundes für »gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer« fest.

Daraus wurde eine Empfehlung zur Förderung von Gedenkstätten »an herausragenden Orten von gesamtstaatlicher Bedeutung in ganz Deutschland« aus Mitteln des Bundes. Die Federführung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes liegt beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Ziel des neuen Gedenkstättenkonzeptes der Bundesregierung ist es, **Verantwortung wahrzunehmen, die Aufarbeitung zu verstärken und das Gedenken zu vertiefen** – dies im Bewusstsein der historischen und moralischen Verpflichtung Deutschlands.

Zum Erbe des wiedervereinigten Deutschlands zählt auch die **kommunistische Diktatur in der ehemaligen DDR**. Ich bin überzeugt, dass wir gerade bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts unsere Anstrengungen verstärken müssen. Vor allem der **Bagatellisierung** und der **Verklärung der DDR müssen wir entgegenwirken**.

40 Jahre DDR-Diktatur sind heute in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur immer noch äußerst präsent. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer sind immer noch viele Zeitgenossen in ihren Biografien von den Folgen der SED-Diktatur betroffen. Das **Unrecht, das unter diesem Regime geschah, ist in seinen Nachwirkungen noch sehr real und gegenwärtig** – ein Kapitel deutscher Geschichte, das mitnichten abgeschlossen ist.

Es ist **alarmierend, wie erschreckend** groß gerade bei jungen Deutschen die **Unkenntnis über die Geschichte des SED-Staates** ist.

Wie also wecken wir Interesse und öffnen neue Zugänge? Hier steht der Staat in der Pflicht, mehr für die Aufarbeitung der DDR-Zeit zu leisten. Nicht unproblematisch ist, dass häufig die zwei Diktaturen unabhängig voneinander thematisiert werden, statt die **Geschichtsverläufe sichtbar** zu machen und die **ursächlichen Zusammenhänge** zu verdeutlichen. Der Bund, aber auch die Länder, müssen hier ihre Verantwortung

wahrnehmen, sowohl im Geschichtsunterricht in den Schulen als auch in der Erinnerungspolitik. Wir müssen eine Verbindung zwischen der Geschichte des SED-Staates und jungen Menschen, die keine eigene Erinnerung an die DDR haben können, schaffen.

Um das kollektive **Gedächtnis der jüngeren Generation** einerseits über die Zeitzeugen hinaus zu sichern, es aber gleichzeitig vor parteipolitischer Vereinnahmung zu schützen, bedarf das staatliche Handeln an dieser Stelle immer einer **Ergänzung durch bürgerschaftliches Engagement**. Immerhin verdanken sich so bedeutende Gedenkstätten wie die Topographie des Terrors in Berlin einer bürgerschaftlich organisierten Initiative, und das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas hat ein Förderverein erkämpft.

Auch die **Erstürmung der StaSi-Zentrale vor 20 Jahren** ist durch mutige Bürger geschehen. Und heute, 20 Jahr später, ist die konsequente und differenzierte Aufarbeitung der SED-Diktatur mehr denn je ein zentrales **Anliegen der Bundeskulturpolitik**. Deswegen ist es wichtig, dass die Aufarbeitung des SED-Unrechts fortgesetzt und den Bürgern weiterhin Auskunft über ihr Akten gegeben wird. Einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung darf und wird es nicht geben – unabhängig davon übrigens, ob und wann die Unterlagen bei der BStU als selbständiger Behörde untergebracht sind oder zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt einmal ins Bundesarchiv überführt werden. Das soll in der laufenden Legislaturperiode eine Expertenkommission klären. So wird zumindest versucht, eine solche Frage von ideologischen oder – etwas kleiner – von parteipolitischen Motiven zu befreien. Wichtig ist: Die Möglichkeit zur **Akteneinsicht** und die **wissenschaftliche Erforschung** müssen auch künftig in jedem Fall erhalten bleiben.

Die Staatssicherheit hatte über Jahrzehnte die (gegenseitige) Überwachung der Bürger geplant, koordiniert und ausgeführt; sie hatte im gesamten Staat auf perfide Weise für eine Atmosphäre des Misstrauens, der Repression, Angst und Bedrohung gesorgt. Bis heute wirkt dieses Gift des gegenseitigen Misstrauens nach. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer sind immer noch viele Zeitgenossen in ihren Biografien von den Folgen der SED-Diktatur betroffen. Das **Unrecht, das unter diesem Regime geschah, ist in seinen Nachwirkungen noch sehr real**.

Umso wichtiger ist es, dass in den vergangenen **20 Jahren mehr als 2 Millionen Bürger ihre Akten einsehen** konnten.

Dieser **Jahrestag** der Besetzung der Stasi-Zentrale ist also von großer **symbolischer und politischer Bedeutung**.

Ich finde es beachtlich, mutig und ja, ich finde es gut (!), dass Ihr, liebe Marianne, Euch entschieden habt, heute hier ein **Bürgerfest** zu feiern!

Wilhelm von Humboldt, der große deutsche Gelehrte und Staatsmann, war davon überzeugt, dass „**nur wer die Vergangenheit kennt, eine Zukunft (hat)!**“

In der Politik können wir nicht das Gedenken selbst befördern, wohl aber unsere Anstrengungen für eine glaubwürdige, parteiübergreifend getragene Erinnerungskultur, die neben den staatliche Akteuren auch das bürgerschaftliche Element mit einbezieht, gerade hier.

Wir werden das Bemühen um ein diese Gedenkkultur vertiefen, weil wir nur so unsere Zukunft gestalten können.

Dieser Ort steht beispielhaft für eine solche Gedenk- und Aufarbeitungsarbeit, dafür danke ich allen Verantwortlichen und wünsche den Besuchern heute eine ganz besonderen Tag.

Vielen Dank.